

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 14/0188/WP18
Federführende Dienststelle: FB 14 - Fachbereich Rechnungsprüfung		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 06.02.2024
		Verfasser/in: Herr Emmerich, FB14
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.12.2023 - öffentlicher Teil		
Ziele: Keine Klimarelevanz		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
29.02.2024	Rechnungsprüfungsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rechnungsprüfungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 07.12.2023 -
öffentlicher Teil.

(Emmerich)

Finanzielle Auswirkungen

Keine

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
			x

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

gering	<input type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

gering	<input type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

<input type="checkbox"/>	vollständig
<input type="checkbox"/>	überwiegend (50% - 99%)
<input type="checkbox"/>	teilweise (1% - 49%)
<input type="checkbox"/>	nicht
<input type="checkbox"/>	nicht bekannt

Anlage/n:

Niederschrift der Sitzung vom 07.12.2023 – öffentlicher Teil

N i e d e r s c h r i f t
Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

6. Februar 2024

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.12.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	21:00 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Haus Löwenstein, Haus Löwenstein

Anwesende:

Ratsfrau Elke Eschweiler

Vertretung für: Ratsfrau Lürken

Ratsherr Tjark Zimmer

Vertretung für: Ratsherr Michael
Servos

Ratsherr Michael Servos

Vertretung für: Ratsherr Boris Linden/
Anwesend bis TOP NÖ 10

Ratsfrau Relindis Becker

Vertretung für: Ratsfrau Silke Bergs

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Vertretung für: Ratsherr Jöran
Stettner

Ratsherr Hans Peter Kehr

Ratsfrau Sigrid Moselage

«SINAME»

Ausdruck vom: 06.02.2024

Seite: 1/14

Ratsfrau Doris Kurschilgen	Anwesenheit bis TOP NÖ 10
Ratsherr Jakob von Thenen	
Herr Ralf Demmer	
Herr Ludger Eickholt	
Herr Bernd Haase	
Herr Fynn Hangarter	Vertretung für: Frau Dr. Christiane Michulitz
Herr Jürgen Schmitz	
Herr Ralf Dautzenberg	nicht anwesend
Frau Sabine Göddenhenrich-Schirk	nicht anwesend
Herr Claus Haase	nicht anwesend
Ratsherr Wilhelm Helg	nicht anwesend
Ratsherr Markus Mohr	nicht anwesend
Ratsfrau Iris Lürken	

Abwesende:

Ratsherr Boris Linden	Entschuldigt
Ratsfrau Silke Bergs	Entschuldigt
Ratsherr Jöran Stettner	Entschuldigt
Frau Dr. Christiane Michulitz	Entschuldigt
Herr Dr. Richard Sinning	Entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Grehling, Dez. II	
Herr Lennartz, FB 11	
Herr Mertens, FB 11	
Herr Kind, FB 20	(bis TOP NÖ 10)
Herr Dahmen, FB 20	
Herr Freude, FB 22	

«SINAME»

Ausdruck vom: 06.02.2024

Seite: 2/14

Frau Dr. Bollwerk, FB 30
Frau Dr. Bacher, FB 13
Herr Emmerich, FB 14
Frau Hampe, FB 14
Frau Krause, FB 14
Herr Ludwig, FB 14
Frau Nadenau, FB 14
Herr Neumann, FB 14
Herr Tamke, FB 14
Herr Welters, GPR
Herr Fischer, GPR

als Schriftführer:

Herr Hermanns

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.09.2023 - öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 14/0173/WP18

- 3 **Stellungnahme zum Bericht über die Verwendung und Notwendigkeit städtischer Bargeldkassen sowie über die Nutzung und Perspektiven alternativer Zahlungsmöglichkeiten**
Vorlage: FB 22/0014/WP18

«SINAME»

Ausdruck vom: 06.02.2024

Seite: 3/14

- 4 **Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen Rat, Rechnungsprüfungsausschuss und Rechnungsprüfungsamt (Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2023)**
Vorlage: FB 14/0174/WP18

- 5 **Aufklärung zu Teamtagen, Teambildungstagen, Teamfrischen und ähnlichen internen Veranstaltungen beim FB 61, insbesondere zu deren Organisation, Abwicklung und Finanzierung zu ähnlichen Veranstaltungen anderer Fachbereiche (Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2023)**
Vorlage: FB 14/0175/WP18

- 6 **TOP NÖ 3 - Aufklärung zu Teamtagen, Teambildungstagen, Teamfrischen und ähnlich internen Veranstaltungen beim FB 61, insbesondere zu deren Organisation, Abwicklung und Finanzierung zu ähnlichen Veranstaltungen anderer Fachbereiche**

- 7 **Bericht über die Kennzahlenerreichung im laufenden Jahr**
Vorlage: FB 14/0176/WP18

- 8 **Umgang der Stadt Aachen mit Whistleblowern**
hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2023
Vorlage: FB 14/0185/WP18

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Zimmer (DIE Zukunft/Volt Aachen) begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17.00.

Herr von Thenen (CDU) stellt für die CDU den Antrag, dass alle Vorlagen, die das Thema „Teamtage.“ betreffen, im öffentlichen Teil behandelt werden sollen. Herr Servos (SPD) plädiert dafür, dass alles, was rechtlich erlaubt ist, im öffentlichen Teil diskutiert werden soll. Er verweist in dem Zusammenhang auf die entsprechende öffentliche Behandlung im Hauptausschuss. Ziel sei, eine maximale Transparenz in der Angelegenheit zu erreichen. Herr Pilgram (Grüne) schließt sich der Bitten der Vorredner an, da“ niemand etwas unter den Tisch kehren wolle“.

Herr Emmerich erklärt, dass das Thema „Teamtage“ sowohl in öffentlicher als auch nicht-öffentlicher Sitzung behandelt werde. Das Thema NÖ 6 „inkriminierte Sachverhalte“ müsse aber aufgrund juristischer Belange auf jeden Fall im nicht-öffentlichen Teil verbleiben.

Frau Moselage (FDP) unterstützt den Antrag der CDU, da sie die damit herzustellende Transparenz als wichtig erachte. Frau Begolli (Die Linke) will die Tagesordnung dagegen so belassen, wie sie mit der Einladung versendet worden ist.

Zusammenfassend formuliert Herr Zimmer (DIE Zukunft/Volt Aachen) dann den Vorschlag, dass der gesamte TOP NÖ 3 als neuer TOP Ö 6 in die Tagesordnung aufgenommen werden soll.

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss stimmt dieser Vorgehensweise mehrheitlich zu.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.09.2023 - öffentlicher Teil

Vorlage: FB 14/0173/WP18

«SINAME»

Ausdruck vom: 06.02.2024

Seite: 5/14

Herr Emmerich stellt die beiden neuen Kollegen des FB 14 vor, Herrn Tamke, Abteilung 14/100 und Herrn Neumann, FB 14/300 – Datenschutz und Informationssicherheit.

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 14.09.2023 mehrheitlich.

zu 3 Stellungnahme zum Bericht über die Verwendung und Notwendigkeit städtischer Bargeldkassen sowie über die Nutzung und Perspektiven alternativer Zahlungsmöglichkeiten

Vorlage: FB 22/0014/WP18

Herr Emmerich informiert, dass der Bericht im Finanzausschuss ohne Aussprache zur Kenntnis genommen worden sei. Auf eine Abfrage des FB 22 haben lediglich FB 12 und E 49 die Notwendigkeit für die Aufstellung eines Kassenautomaten gesehen. Die Bereiche werden sich mit Unterstützung durch FB 22 um die entsprechende Beschaffung kümmern.

Frau Begolli (Linke) bedankt sich bei Dez. II dafür, dass die Bargeldzahlungen im Bereich der Daseinsvorsorge weiter möglich bleiben und erkundigt sich danach, warum die Kosten für die Bargeldeinzahlungen des E 49 mit ca. 13.000 € im Jahr so hoch seien. Frau Moselage (FDP) und Herr von Thenen (CDU) finden den eingeschlagenen Weg der neuen Möglichkeiten gut. Herr Schmitz (SPD) schlägt vor, den Einsatz verschiedener technischer Geräte auf ein Minimum zu reduzieren. Herr Pilgram (Grüne) lobt die Arbeit der Rechnungsprüfung, was er an einer Reduzierung der Ungereimtheiten und Fehlbeträge festmacht.

Herr Emmerich erklärt, dass E 49 ggfls. eine günstigere Pauschale mit der Sparkasse verhandeln wird, grundsätzlich seien das aber eben die zu zahlenden Gebühren der Sparkasse. Ergänzende Giro-payverträge werden kurzfristig für Debit- und Kreditkartenzahlungen abgeschlossen.

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

zu 4 Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen Rat, Rechnungsprüfungsausschuss und Rechnungsprüfungsamt (Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2023)
Vorlage: FB 14/0174/WP18

Herr Emmerich erläutert kurz die Verwaltungsvorlage und unterstreicht das verständliche Informationsbedürfnis der Politik.

Herr Zimmer (DIE Zukunft/Volt Aachen) unterbreitet den mit Herrn Emmerich abgestimmten Vorschlag, einen monatlichen Zoom-Termin für einen aktuellen Informationsaustausch mit den Fraktionsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des RPAU einzurichten.

In der anschließenden Diskussion stellen Herr von Thenen (CDU), Frau Moselage (FDP), Frau Eschweiler (CDU), Herr Servos (SPD), Frau Begolli (Linke) und Herr Kehr (CDU) in unterschiedlicher Betonung fest, dass das Vertrauen der Politik in die Verwaltung/die Rechnungsprüfung durch die verspätete bzw. nur „scheibchenweise“ erfolgte Information zu den Teamtage ins Wanken geraten sei. Es könne nicht sein, dass die Presse die Informationspflicht des RPA übernehme. Bedenklich sei auch, dass dadurch sämtliche Mitarbeiter*innen der Verwaltung und ihre Arbeitsweise indirekt in Misskredit gebracht werden. Es sei unstrittig, dass der entstandene Schaden über den finanziellen Schaden hinaus sehr groß sei. Zukünftig solle lieber mehr als weniger und auch früher als später durch die Rechnungsprüfung informiert werden. Zumindest müsse aber eine stringente Information der Fraktionsvorsitzenden und des Vorsitzenden des RPAU erfolgen. Gleichzeitig müsse aber auch eine klare Abgrenzung zwischen notwendiger Sorgfaltspflicht gegenüber evt. betroffenen Mitarbeiter*innen und dem Informationsbedürfnis der Ausschussmitglieder festgelegt werden. Es bestand Einigkeit unter allen Beteiligten darüber, dass in Zukunft alles dafür getan werden müsse, dass arg in Mitleidenschaft gezogene Vertrauen zwischen Politik und Verwaltung wiederaufzubauen.

Herr Demmer (CDU) moniert, dass er als sachkundiger Bürger deutlich später als die Mitglieder des Rates über den endgültigen Sachverhalt in der Angelegenheit informiert worden sei.

Herr Pilgram (Grüne) erklärt, dass sich die Rechnungsprüfung seines Erachtens korrekt verhalten habe. Bislang seien die Presseinformationen immer auf Basis unvollständiger Informationen erfolgt. In dem Zusammenhang fordert er einen gelasseneren Umgang mit den Presseberichten ein. Die Rechnungsprüfung habe den Vorgang aufgearbeitet und sich zum Abschluss der Bewertung anderer

«SINAME»

Ausdruck vom: 06.02.2024

Seite: 7/14

Dienststellen bedienen müssen. Dies sei völlig normal. Er sei davon überzeugt, dass der Rechnungsprüfungsausschuss wie bisher auch einen entsprechenden Bericht erhalten hätte. Insofern sei er weit davon entfernt, hier einen Vertrauensbruch zu sehen.

Herr Dr. Breuer (Grüne) bewertet den vorliegenden Bericht der Rechnungsprüfung als nach vorne gerichtet und gedacht. Es müsse doch nun darum gehen zu klären, wie der Ausschuss in Zukunft informiert werden solle.

Frau Grehling bedauert, dass vertrauliche Informationen leider nicht immer vertraulich bleiben. Sie räumt ein, dass die Praxis gezeigt habe, dass sie sich mit ihrer Idee, der Schaffung eines digitalen Raumes zum Schutze der Vertraulichkeit von Vorlagen der Rechnungsprüfung, geirrt habe. Dies könne mit einer Cloud-Lösung wie vorgeschlagen offensichtlich nicht hinreichend gesichert werden. Im Zweifel plädiere sie aber immer noch für Nichtöffentlichkeit. Sie erklärt, dass es besser gewesen wäre, die Politik auch durch die Verwaltung eher zu informieren als geschehen. Auch sie möchte, dass solche Schädigungen wie im vorliegenden Falle geschehen, sich nicht wiederholen

Herr Emmerich räumt ein, dass er die Politik in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 14.09.2023 über die ersten Erkenntnisse zum Thema „Teamtage“ hätte informieren sollen. Er habe dem Sachverhalt zum damaligen Zeitpunkt nicht eine solche Brisanz zugeordnet. Er macht deutlich, dass er nun aber nach vorne diskutieren wolle; dies auch gerne in interfraktionellen Gesprächen. Er betont, dass auch ihm an einer weiteren vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit mit der Politik gelegen sei.

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

zu 5 Aufklärung zu Teamtagen, Teambildungstagen, Teamfrischen und ähnlichen internen Veranstaltungen beim FB 61, insbesondere zu deren Organisation, Abwicklung und Finanzierung zu ähnlichen Veranstaltungen anderer Fachbereiche (Tagesordnungsantrag

«SINAME»

Ausdruck vom: 06.02.2024

Seite: 8/14

der CDU-Fraktion vom 08.11.2023)

Vorlage: FB 14/0175/WP18

Herr Emmerich erklärt ergänzend zur Vorlage, dass bei einer verwaltungsweiten Auswertung herausgekommen, sei, dass es weitere auffällige Buchungen bei der VHS und dem Theater gegeben habe. Er weist darauf hin, dass es bei der Auswertung in SAP schwierig sei, alle gewünschten Belege zu finden, da die jeweiligen Verwendungszwecke nicht immer stringent gepflegt seien.

Herr von Thenen (CDU) erklärt, dass die CDU Teamtage für durchaus wichtig halte. Eine zukünftige Fehlervermeidung sei aber nur möglich, wenn nun eine gute Aufarbeitung erfolge. Interessant sei hier auch die Frage, ob die Veranstaltungen des FB 61 einer vorherigen Genehmigung durch FB 11 bedurft hätten. Die zeitliche Länge der Prüfung durch FB 11 sieht er kritisch.

Frau Eschweiler (CDU) fragt, wann ist wer über was informiert worden? FB 61 habe selber entschieden, diese Teamtage durchzuführen. Wer habe hier die Produktverantwortung? Wer hat die Rechnungen abgezeichnet? Welche Veranstaltungen sind in 2021 und 2022 durchgeführt worden? Gebe es auch hierzu abgerechnete Reisekosten? Sie erwarte zudem, dass sich die Fachbereichsleitung des FB 61 einmal zu der ganzen Angelegenheit äußert. Eine Schuld für die verspätete Information der Politik habe FB 11 und FB 20 ihrer Meinung nach nicht. Sie schlägt vor, darüber nachzudenken, einen externen Prüfer mit der Aufarbeitung aller Vorgänge zu beauftragen.

Auch Frau Begolli (Die Linke) ist grds. auf keinen Fall gegen Teambildungsmaßnahmen. Sie erwartet zur Beurteilung der Situation hier aber noch die Stellungnahme des FB 11, ob es sich um Teambildungstage gehandelt habe. Sie vertritt die Meinung, dass die Führung mehr Mitschuld trifft als die Mitarbeiter*innen, die die Verfehlung begangen haben.

Herr Servos (SPD) hält Teambildung ebenfalls für eine gute Sache, erwartet aber eine notwendige Aufklärung der Vorgänge. Dies müsse allerdings ordnungsgemäß und in Ruhe geschehen. Er plädiert dafür, die Verursacher für den entstandenen Schaden haftbar zu machen. Die Frage des verlorengegangenen Vertrauens klärt sich, wenn alle offenen Fragen beantwortet sind incl. hervorgebrachter Lösungsvorschläge. Er plädiert für eine 2. Chance der Fachverwaltung für die anstehende Aufklärungsarbeit.

Herr Emmerich macht deutlich, dass die Rechnungsprüfung nicht die Verwaltung sei und bittet um Differenzierung. Das, was FB 14 als Maßnahmen vorschlagen wird, müsse dann von der Verwaltung

«SINAME»

Ausdruck vom: 06.02.2024

Seite: 9/14

umgesetzt werden. Auch Herr Emmerich bedauert die innerhalb der Verwaltung entstandene Verunsicherung in der Ahndhabung insbesondere bei Bewirtungen.

Auch Frau Moselage (FDP) fordert eine sachliche und zeitlich zügige Aufarbeitung ein. Sie will die Mitarbeiter*innen schützen, indem eine klare Handlungssicherheit vermittelt wird. Im Übrigen sieht Frau Moselage auch die Politik beschädigt. In dem Zusammenhang lobt sie den souveränen Umgang der StädteRegion mit dem Thema „Teamtage“.

Herr Pilgram (Grüne) hält eine sorgfältige Aufarbeitung des Themas für notwendig, sieht die Verantwortung dafür aber im Personal- und Verwaltungsausschuss und nicht im Rechnungsprüfungsausschuss. Im Hinblick auf die noch anstehende Aufklärung solle die Verwaltung nicht getrieben werden, sondern hierfür die notwendige Zeit und Ruhe erhalten. Sicherlich liege die lange Prüfungsdauer nicht im FB 14 begründet, sondern durch nicht zügige Zuarbeit anderer Fachbereiche. Überdies erachte er die diesbezügliche Diskussion in den Medien als unerträglich.

Herr Kehr (CDU) fordert nochmals eine externe Aufklärung, da die Auswertung der SAP-Auswertung der Verwaltung offensichtlich nicht vollumfänglich möglich war. Hierzu klärt Herr Emmerich über das komplexe Thema der entsprechenden Hinterlegungen und Auswertemöglichkeiten in SAP auf.

Herr Servos (SPD) erwidert, dass FB 14 mehr Rechte als ein externer Dienstleister bei Auswertungen habe. Er halte es auch für grundlegend falsch, der Rechnungsprüfung mitten im Verfahren die weiteren Auswertungsaufgaben zu entziehen. Auch er möchte keinen zeitlichen Druck auf FB 14 ausüben. Er vertraue im Übrigen der Selbstreinigungskraft der Verwaltung.

Frau Begolli (Die Linke) erklärt, dass die Rechnungsprüfung stichprobenartig prüfe und dadurch nie ausgeschlossen werden könne, dass Fehler nicht entdeckt werden. Die Verwaltung habe ein sehr gutes RPA, durch dessen Initiative in sehr vielen Bereichen eine Prozessoptimierung erfolgt sei. Sie appelliert, die Fairness in der Diskussion beizubehalten.

Herr Kehr (CDU) wünscht sich ebenfalls, die Rechnungsprüfung nicht zu diskreditieren. Er hält es für wichtig, den Verdacht der Lenkung der Auswertungen abzuwenden.

Herr Emmerich weist die Unterstellung, dass die Rechnungsprüfung nicht objektiv prüfe, zurück. Er erläutert, dass die gesamte Verwaltung hinsichtlich durchgeführter Teamtage abgefragt wurde. Externe

«SINAME»

Ausdruck vom: 06.02.2024

Seite: 10/14

Unterstützung bei der erweiterten Stichprobenprüfung der Buchungen könnte evt. durch die regiot erfolgen. An der Stelle fragt Herr Emmerich noch einmal nach, wie genau der weitere Prüfauftrag in der Angelegenheit nun aussehe. Für die anstehende Sondersitzung am 29.02.2024 könne sicherlich ein erster Bericht mit Antworten der Verwaltung auf die gestellten und noch zu stellenden Fragen vorgelegt werden.

Frau Eschweiler (CDU) erwähnt, dass die Aufklärung der Angelegenheit oberste Priorität habe und die Politik hier auch nicht locker lassen werde.

Herr Servos (SPD) würde einen Bericht in der Sondersitzung am 29.02.2024 begrüßen. Er bietet an, dass die Fraktionen für Rückfragen zur Auftragsklärung zur Verfügung stehen.

Herr Zimmer (DIE Zukunft/Volt Aachen) schlägt nach erfolgter Diskussion den nachfolgenden ergänzten Beschlussentwurf zur Abstimmung vor.

Ergänzter Beschlussentwurf:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt von den Ausführungen Kenntnis. Zusätzlich beauftragt er die Verwaltung, die angesprochenen Probleme zu prüfen, aufzuklären und notwendige Maßnahmen zu entwickeln. In der nächsten Sondersitzung des Rechnungsprüfungsausschusses wird hierzu der Sachstand berichtet.

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt den ergänzten Beschlussentwurf sodann einstimmig.

zu 6 TOP NÖ 3 - Aufklärung zu Teamtagen, Teambildungstagen, Teamfrischen und ähnlich internen

Veranstaltungen beim FB 61, insbesondere zu deren Organisation, Abwicklung und Finanzierung zu ähnlichen Veranstaltungen anderer Fachbereiche

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt weder eine Diskussion noch ein Beschluss. Es wird lediglich mehrheitlich festgestellt, dass es hier nichts mehr zu sagen gibt.

zu 7 Bericht über die Kennzahlenerreichung im laufenden Jahr

Vorlage: FB 14/0176/WP18

Herr Emmerich informiert, dass die Fallzahlen konstant geblieben seien. Alle Vergaben und Visakontrollen konnten geprüft werden. Auch sei der Prüfplan weitestgehend eingehalten worden. Zukünftig werden noch weitere Kommunen mit dem Anliegen nach IT-Prüfungen auf die Rechnungsprüfung zukommen. Die Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Solingen werde erweitert.

Die Gebührenordnung müsse aufgrund der Preisentwicklung angepasst werden. Der Stundensatz beträgt zur Zeit 82 Euro.

Der Jahresabschluss 2022 liegt zur Prüfung vor; die Gesamtabchlüsse 2020 und 2021 seien ebenfalls noch in 2024 zu prüfen.

Auf die Nachfrage von Frau Begolli (Linke) nach dem Sachstand hinsichtlich 3 noch nicht wiederbesetzten Stellen bei FB 14 erläutert Herr Emmerich, dass die entsprechenden Auswahlverfahren nun kurz bevorstehen.

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

zu 8 Umgang der Stadt Aachen mit Whistleblowern

hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2023

Vorlage: FB 14/0185/WP18

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der CDU-Fraktion der nachstehende neue und in der Sitzung noch einmal einvernehmlich geänderte Beschlussentwurf eingereicht:

«SINAME»

Ausdruck vom: 06.02.2024

Seite: 12/14

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Rat, die Verwaltung wie folgt zu beauftragen:

- 1. für den Bereich der Meldung von Regel- und Compliance-Verstößen die Beauftragung eines externen Dienstleisters als Ansprechpartner zu prüfen;***
- 2. den Bereich der Meldungen von Regel- und Compliance-Verstößen von Fragestellungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes abzukoppeln;***
- 3. die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen der Meldung von Verstößen in der Verwaltung bekannter und unter den typischen Stichworten im Intranet auffindbar zu machen.***

Darüber hinaus beschließt der Rechnungsprüfungsausschuss regelmäßig im Rechnungsprüfungsausschuss in nicht-öffentlicher Sitzung über die Details der Meldungen zu berichten, soweit das rechtlich möglich ist.

Herr von Thenen (CDU) verweist auf die Verschwiegenheitspflicht beim sog. „Düsseldorfer Modell“. Er plädiert dafür, die jetzige Verfahrensweise zum Schutz der Mitarbeiter*innen zu verbessern. Er sieht die Gewährleistung der erforderlichen Anonymität nur durch die Übertragung an externe Anwälte gewährleistet.

Herr Servos (SPD) denkt, dass schon jetzt die notwendige Unabhängigkeit gegeben ist.

Frau Eschweiler (CDU) erklärt, dass bei Abgabe des Themas an externe Anwälte die Hemmschwelle für Verunglimpfungen höher wird.

Frau Begolli (Die Linke) bedankt sich für die Klarstellung hinsichtlich der Beauftragung externer Berater.

Herr Pilgram (Grüne) findet, dass die Stadt hier schon ein sehr gutes System etabliert habe und bedankt sich für die hier vorbildliche Arbeit der Rechnungsprüfung.

Auch Herr Dr. Breuer (Grüne) empfindet das bestehende Portal als derzeit gute Lösung, dass allenfalls hier und da noch ergänzt werden könne.

Frau Krause erklärt, dass das Portal „Vertraulich“ ins Leben gerufen worden ist und es als „Blaupause“ für viele andere Kommunen diene. Natürlich müsse es nachjustiert und entsprechend evaluiert werden. Auch

«SINAME»

Ausdruck vom: 06.02.2024

Seite: 13/14

müsse die Frage des Ombudsmanns geklärt werden, um das Bestmögliche für die Mitarbeiter*innen zu erreichen. Abschließend bietet sie eine weitere Berichterstattung im Ausschuss an.

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Rat, die Verwaltung wie folgt zu beauftragen:

1. für den Bereich der Meldung von Regel- und Compliance-Verstößen die Beauftragung eines externen Dienstleisters als Ansprechpartner zu prüfen;
2. den Bereich der Meldungen von Regel- und Compliance-Verstößen von Fragestellungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes abzukoppeln;
3. die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen der Meldung von Verstößen in der Verwaltung bekannter und unter den typischen Stichworten im Intranet auffindbar zu machen.

Darüber hinaus beschließt der Rechnungsprüfungsausschuss regelmäßig im Rechnungsprüfungsausschuss in nicht-öffentlicher Sitzung über die Details der Meldungen zu berichten, soweit das rechtlich möglich ist.

Herr Zimmer (DIE Zukunft/Volt Aachen) schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.